

## Historikertag 2012: Neuere Geschichte von Tobias Huff

Besprochene Sektionen und Vorträge:

- „Die Börse als Ort von Ressourcenkonflikten im 19. Jahrhundert“
- „Die Organisierte Disziplin als Forschungsproblem. Perspektiven auf eine Geschichte des Historikerverbandes“
- „Ressource Religion. Akteure und Netzwerke in Globaler Perspektive“
- „Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus 1936 bis 1945“
- „Zwischen Knappheit und Überfluss: Abfall als Problem und Ressource in der Geschichte“

Der erste Befund beim Blick in das Programmheft zum 49. Deutschen Historikertag war, dass in den einschlägigen Sektionen zur Neueren Geschichte (1800-1945) das 19. Jahrhundert kaum mehr vertreten ist. Dies spiegelt zum einen die aktuelle Forschungslandschaft wider, in der das 19. Jahrhundert – zumindest bis zum Jahr 1871 – eine zunehmend nachgeordnete Rolle einnimmt. Möglicherweise wirkt hier zum zweiten die Themensetzung des Historikertages verstärkend. Der Titel „Ressourcen-Konflikte“ schien viele Anknüpfungspunkte für die Behandlung der konfliktreichen ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu bieten. Es ist Kennzeichen für eine gelungene Rahmensetzung, thematische Offenheit zu sichern, ohne in Beliebigkeit abzudriften. Gerade für eine solch heterogene und disparate Zeitspanne, wie die hier besprochene, bot es sich an, den Rahmentitel auf zweierlei Weise auszulegen. Zunächst einmal im Verständnis der Ressourcen für Konflikte und dann im Sinne des Konfliktes um Ressourcen. Dieser Hybridcharakter der Ressource als Mittel und Ziel hätte eine Sektion gerechtfertigt, die sich explizit mit dem Ressourcenbegriff auseinandersetzt. Ein zweiter Blick in das Programmheft enttäuschte diese Hoffnung. Es blieb der Anspruch, dass in den einzelnen Sektionen eine Beschäftigung mit dem Ressourcenverständnis stattfand, das über Worthülsen wie „xy als Ressource“ oder „Ressourcen für xy“ hinaus-

geht. Die Erwartung war, dass es etwa zu einer Auseinandersetzung und Dekonstruktion von Knappheitsdiskursen kommt, wie es die Umweltgeschichte mit Holznot und Energiekrise gemacht hat. Eine solche Herangehensweise könnte gerade für die Neuere Geschichte interessante Befunde liefern, brachten doch die Jahre ab 1800 das Ende der weitgehend ohne Input auskommenden Subsistenzwirtschaft und den Aufstieg der rohstoffbasierten industriellen Arbeitswelt.

Genährt wurde die Zuversicht durch die von MONIKA DOMMANN (Basel) in der H-Soz-u-Kult Debatte zu „Ressourcen“ im Vorfeld des Historikertages aufgeworfene Frage, wo denn der Unterschied zwischen den Begriffen „Rohstoffen“ und „Ressourcen“ liege.<sup>1</sup> Vielleicht lässt sich hier eine diachrone Unterteilung vornehmen. Dem deutschen Begriff Rohstoff haftet die dingliche Komponente an, ein Ausgangsprodukt, das der Erde abgetrotzt werden muss und das durch die Arbeit menschlicher Hände veredelt wird. Diesem materialistischen Verständnis steht der amorphe Ausdruck Ressource gegenüber. Auch im Postmaterialismus braucht der Wirtschaftsprozess Input, der aber zunehmend seinen stofflichen Charakter verliert und sich in Erscheinungsformen wie Kreativität, Wissen, Können oder Disziplin auflöst. Der Mensch selbst wird zur Ressource. Diese Erkenntnis ist allein für sich stehend nichts Neues. Bereits in der Frühen Neuzeit maß sich die Macht eines Staates an der Zahl der Soldaten, die er im Konfliktfall aufbieten konnte. Die Peuplierungspolitik jener Epoche war auch Vorsorge für den militärischen Ernstfall.

In der Neuzeit (1800-1945), die hier besprochen werden soll, ging es aber – lapidar ausgedrückt – um mehr als ein paar Bauern, die die Sense gegen eine Muskete tauschten. Krieg in der Neuzeit erfasste im zunehmenden Maße die gesamte Gesellschaft. HEIKE WEBER (Berlin) führte in ihrem Beitrag aus, wie der moderne Krieg seinen Weg in die deutschen Haushalte fand und Hausfrauen zu täglicher Müllarbeit zwang. Was in Friedenszeiten ökonomisch unsinnig gewesen sei, habe

<sup>1</sup>HSK Redaktion: H-Soz-u-Kult Debatte zu „Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften: 1. Teil, in: H-Soz-u-Kult, 20.09.2012, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=1876&type=diskussionen>> (23.01.2013).

in den Sonderbedingungen des Ersten Weltkrieges seine Berechtigung gehabt. Durch die englische Blockade von Kolonialgütern und Getreidelieferungen abgeschnitten, sei das Deutsche Reich nicht fähig gewesen, die Bevölkerung zu versorgen. Gegenständen, die auf dem Müll landeten, sei ein neuer Wert beigegeben worden.

Die gängige Erzählung, dass dies ein Ausdruck der Not gewesen sei, versperrt den Zugang zu einer alternativen Sichtweise. War die Gesellschaft des späten Kaiserreichs bereits eine Überfluss- und Wegwerfgesellschaft, die im Zuge des Krieges noch einmal in einen früheren gesellschaftlichen Modus zurückkehrte, der näher an Formen der Subsistenzwirtschaft heranreichte? Die von ROMAN KÖSTER (München) in der Einführung aufgeworfene Frage, inwiefern die vollständige Wiederverwertung von Abfällen in einer Industriegesellschaft überhaupt noch möglich war, deren Konsumgüter bedingt durch zahlreiche Verarbeitungs- und Veredelungsprozesse hochtoxische Rückstände produzierten, fand in den einzelnen Sektionsbeiträgen leider kaum Widerhall. Auch in der aktuellen Forschung zu Altstoffen dominieren sozialgeschichtliche Fragestellungen. Interessant wäre es naturwissenschaftliche Erkenntnisse in die geschichtswissenschaftliche Forschung einzubeziehen, um die Gefährlichkeit von Stoffen und die Wirksamkeit zeitgenössischer Entsorgungsmaßnahmen untersuchen zu können.

Auch Weber konzentrierte sich auf die sozialen Aspekte der Rohstoffverwertung und führte im zweiten Teil des Vortrags aus, wie sich die Nationalsozialisten die Erfahrungen des kriegsführenden Kaiserreichs zu Nutze machten. Bereits in Friedenszeiten habe das Regime kommende Konflikte durch eine systematische Erfassung von Lebensmittelabfällen vorbereitet. Das EHW-Schwein habe als sympathischer Werbeträger gedient, der die Hausfrau erzog, ihre Arbeitskraft als Ressource einband und ihr suggerierte, „selbst etwas zu ihrer eigenen Ernährungsversorgung beitragen zu können“.

ADAM TOOZE (Yale) griff mit seinem Vortrag das Thema Versorgung wieder auf. In der von THOMAS SCHAARSCHMIDT (Potsdam) organisierten Sektion zu Kriegsmobilisierung und Ressourcen-

konflikten im Nationalsozialismus setzte Tooze einen intellektuellen Glanzpunkt. Er füllte die bekannte These, dass sich die Stabilität des nationalsozialistischen Regimes in der guten Güterversorgung bis in die letzten Kriegsmonate hinein gründe, mit neuen Argumenten. Eine von langer Hand geplante Finanzpolitik habe die Kriegsvorbereitung und -führung wesentlich erleichtert. Dabei sei dem Regime 1937/38 das Kunststück gelungen, als Diktatur eine Anleihe auf dem primären Finanzmarkt zu platzieren. Zudem konnte sich das Regime bis 1943 in großem Maße aus inländischen Ersparnissen finanzieren, da keine Flucht in die Sachwerte stattgefunden habe. Die Bevölkerung habe demnach dem Regime und seiner makroökonomischen Rahmung großes Vertrauen entgegengebracht.

Am Rande streifte Tooze die Frage, wie das 1939 vollbeschäftigte Reich zum einen Männer aus der Produktion freisetzte, um sie als die Ressource Soldaten einzusetzen, und zum anderen, wie die Produktion von Konsumgütern zu Gunsten von Rüstungsgütern umgestaltet wurde. Dieser Frage widmete sich OLIVER WERNER (Jena) in seinem Beitrag ausführlich. Werner folgte der These, dass das Ministerium Speer bis 1945 erfolgreich an der Lösung von Ressourcenkonflikten beteiligt war und das Reich kampffähig gehalten habe. So hätten durch die „Auskämmung ziviler Betriebe und Verwaltungen“ beständig Arbeiter für die Wehrmacht freigesetzt werden können, ohne den wirtschaftlichen Output zu gefährden. Albert Speer sei damit zunehmend in einen Gegensatz zu den Gauleitern geraten, die ihre tradierten, heimischen Industrien schützen wollten. Werner zeichnete hier das Bild eines effektiven und effizienten Organisators Speer, dem sich die Gauleiter als Antipoden einer durchökonomisierten und mobilisierten Gesellschaft entgegenstellten. JÖRN BRINKHUS (Bremen) beleuchtete die eben angesprochenen Verteilungskonflikte in seinem Vortrag *Regionale Behörden als Lösungsinstanz für Ressourcenkonflikte. Das Beispiel der Versorgungspolitik des NS-Staates 1939-1944/45* mit aussagekräftigem Archivmaterial. Insgesamt harmonisieren die Ergebnisse der Sektion mit den Darstellungen im aktuellen Sammelband

von Christoph Buchheim und Marcel Boldorf zur deutschen Kriegswirtschaft.<sup>2</sup> Die im Reich auftretenden Konflikte zwischen Kriegs- und Konsumgüterproduktion hätten durch die Ausbeutung besetzter Gebiete teilweise abgemildert und entschärft werden können.

Welch skurrile Blüten der Krieg treiben kann, verdeutlichte REBEKKA HABERMAS (Göttingen) anhand der Islamdebatten im Kaiserreich. In Ihrem Vortrag beschrieb sie, wie das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg 12.000 muslimische Kriegsgefangene in speziellen Halbmondlagern einsperrte. Ziel der separierten Unterbringung sei es gewesen, die muslimischen Soldaten davon zu überzeugen, dass Deutschland sich im Krieg für die pan-islamischen Ziele einsetze. Als Mittel diene dabei auch die Lagerzeitung *El Dschihad*. Später sollten die Gefangenen wieder freigelassen werden, damit sie in den Reihen der alliierten Heere zersetzend wirkten.

FRANCESCO SPÖRING (Zürich) erwähnte in seinem Betrag das Wort Ressource nicht einmal. Es fällt auch schwer, in seinen Ausführungen Religion als Ressource zu begreifen. Vielmehr ist Religion in den Beispielen Spörings ein Mittel der gesellschaftlichen Disziplinierung. Dass Religion oftmals für diesen Zweck eingesetzt wurde, ist eine gängige Forschungsthese.<sup>3</sup> Die Missionare hätten es als Ziele ihres Wirkens angesehen, die Menschen zur Arbeit und zum Kampf zu erziehen. Wahre Freude erlange der Einzelne nicht durch Genussmittel, sondern nur durch Leistung für die Gesellschaft. Hier schimmert die Erziehung des Menschen zur Arbeitsmaschine in der Industrialisierung durch. Arbeit wird normiert, über die Uhr mess- und vergleichbar gemacht. Der eingangs erwähnte Ressourcencharakter des Menschen wurde hier – ohne dass die Vokabeln selbst fielen – besonders deutlich greifbar. Spöring bewegt sich mit seinem Vortrag in den Jahren 1880 bis 1940, also in jener Zeit, auf die sich die überwältigende Mehrzahl der Beiträge bezogen.

<sup>2</sup>Christoph Buchheim / Marcel Boldorf (Hrsg.), Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945, München 2012.

<sup>3</sup>Heinz Schilling (Hrsg.), Kirchenzucht und Sozialdisziplinierung im frühneuzeitlichen Europa (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 16), Berlin 1994.

Eine wohlthuende Ausnahme bildete die Französin CLAIRE-AMANDINE SOULIÉ (London), die in der Sektion *Die Börse als Ort von Ressourcenkonflikten im 19. Jahrhundert* die Ressource Vertrauen in den Blick nahm. Ihr Vortrag kreiste um Jakob Rothschild, der ab 1811 als Bankier in Paris Fuß zu fassen versuchte. Die Beteiligung seiner Familie an der Finanzierung der Feldzüge Wellingtons hätte dieses Vorhaben erheblich erschwert. Erst 1818 habe Jakob Rothschild – nach Jahren kostenintensiven Networkings – Zugang zur Finanzierung der französischen Staatsfinanzen bekommen. Das Engagement habe sich langfristig gelohnt, denn in der Finanzierung des Eisenbahnbaus ab den 1830er-Jahren habe Rothschild ein Vermögen verdient. Vertrauen ist eine Form der Ressource, die sich schlecht wiegen oder bepreisen lässt – über deren Knappheitscharakter sich also trefflich streiten ließe.

Gänzlich anders gelagert war die Sachlage bei einem zweiten Beispiel der Eisenbahnfinanzierung. Im Fall des omnipräsenten Griechenlands, das scheinbar als finanzpolitischer Wiedergänger durch die Ökonomiegeschichte geistert, widmete sich KORINNA SCHÖNHÄRL (Duisburg) der Frage, warum internationale Banken in den Jahren 1879 bis 1893 Griechenland in großem Umfang Kredite gewährten, obwohl ein Bankrott des Landes abzusehen war. Für den deutschen Fall stellte Schönhärl die These auf, dass Reichskanzler und Außenminister Otto von Bismarck auf seinen Hausbankier Gerson Bleichröder dementsprechend Einfluss nahm. Hintergrund sei der beginnende Ausbau des griechischen Eisenbahnnetzes gewesen, der enorme Finanzmittel gebunden hätte. Bismarcks Überlegung – so Schönhärl – war es, der deutschen Eisenbahnindustrie neue Absatzmärkte zu schaffen, deren Finanzierung deutsche Banken übernahmen. Letztendlich bekamen englische Firmen den Zuschlag zum Aufbau des Eisenbahnwesens. Als Griechenland 1893 im Angesicht einer Staatsschuldenquote jenseits von 1000 Prozent Bankrott erklärte, stützte England seine Bankhäuser nicht. Das Deutsche Reich hingegen übte massiven Druck auf Griechenland aus, die Anleihen teilweise weiter zu bedienen. Schönhärl wertet dies als eine Form des schlechten Gewissens, das das Aus-

wärtige Amt gegenüber deutschen Banken gehabt habe. Schönhärls These fanden in der Diskussion teilweise heftigen Widerspruch, jedoch blieb die Überlegung bestehen, dass im Falle Griechenlands die Finanzwirtschaft als Türöffner der Realwirtschaft gedient habe.

Diese Dienstleisterfunktion der Finanzwirtschaft nahmen am Beispiel der Institution Börse mit ALEXANDER ENGEL (Göttingen) und BORIS GEHLEN (Bonn) gleich zwei Vortragende kritisch in den Blick. Ihren Durchbruch erlebte die Institution Börse mit dem Eisenbahnbau. Hierbei wurden Geldsummen benötigt, die ein einzelnes Bankhaus nicht mehr bereitstellen konnte. In der Praxis bedeutete dies, dass sich Geldgeber und -nehmer nicht mehr persönlich kannten. Im Gegensatz zum Finanzier Rotschild, der die von ihm finanzierten Unternehmer zu Gesicht bekam – und ihnen wohl vertraute –, muss es im Fall der Institution Börse eine Art des institutionalisierten Vertrauens geben. DIETER ZIEGLER (Bochum) sprach später im Kommentar von Reputation als Form des anonymisierten, aggregierten Vertrauens.

Engel führte dies am Beispiel des Börsenterminhandels aus. Der Terminhandel unterscheidet sich vom Primärmarkt, an dem physisch vorhandene Güter wie Getreide, Baumwolle oder Kaffee gehandelt wurden. Aus Angebot und Nachfrage ergibt sich ein Preis, zu dem die Ware übergeben wird. Mit dem Aufkommen des Terminhandels um 1870/80 verschoben sich die Preisbildungsmechanismen jedoch vollständig. Es war nun möglich, heute eine Tonne Getreide zu kaufen, die erst in sechs Monaten geliefert wird. Der Nutzen dieses Konstrukts ist auf den ersten Blick ersichtlich: Nachfrager bekommen Preis- und Planungssicherheit, sie wissen, welche Kosten die Rohstoffbeschaffung in drei, sechs oder zwölf Monaten verursachen wird. Die negativen Implikationen sind nicht auf den ersten Blick ersichtlich und bedürfen einer kurzen Erläuterung. Am Terminmarkt treffen Händler aufeinander, die nicht im physischen Besitz einer Ware sind und dies meist auch gar nicht beabsichtigen. Sie wetten darauf, wie der Preis für ein Gut in sechs Monaten sein wird. Eine Seite auf fallende, eine auf steigende Preise. Dieses Konstrukt habe dem Terminhandel bereits in

der zeitgenössischen Wertung das Prädikat „Glücksspiel“ eingetragen. Verschärft worden seien diese Tendenzen durch sogenannte „Corner“, eine Form der Marktmanipulation. Händler wetten dabei am Terminmarkt auf steigende Preise für ein Produkt. Gleichzeitig kaufen sie in der Zwischenzeit im Primärhandel große Mengen des betreffenden Gutes auf. Bei Fälligkeit des Terminkontraktes bestehen sie auf dessen physischer Erfüllung. Den Vertragspartnern bleibt dann nichts anderes übrig, die Ware bei den Spekulanten zum hohen Preis einzukaufen.

Breite gesellschaftliche Resonanz hätten die Terminmärkte erfahren, weil ihr Durchbruch mit der Agrardepression der 1880er- und 1890er-Jahre zusammenfiel. Ob hier lediglich eine Koinzidenz oder ein kausaler Zusammenhang vorlag, war bereits Gegenstand heftiger, zeitgenössischer Debatten. Im Deutschen Reich führten Sie zu einem zeitweisen Verbot des Terminhandels. Gleichgerichtete Überlegungen habe es auch in anderen Ländern gegeben, etwa den USA, wo allerdings kein Verbot erfolgte. Eine schlüssige Erklärung für diesen deutschen Sonderweg konnte Engel nicht liefern. Möglicherweise spielten hier die von der Agrardepression betroffenen ostelbischen Gutsbesitzer eine entscheidende Rolle. Ihre Vertreter besaßen dank des preußischen Dreiklassenwahlrechts einen überproportionalen politischen Einfluss.

Gehlen knüpfte mit seinem Vortrag an Engel an und befasste sich mit den Entwicklungen zwischen dem Verbot des Terminhandels 1896 und dessen Wiedezulassung 1908. Er beschrieb die Diskussionen um die Börsengesetze als gesellschaftliche Meta-Debatte über die Institutionen des Kapitalismus, als Auseinandersetzung von Globalisierungsgewinnern (Banken, Handel) und Globalisierungsverlierern (ostelbische Landwirtschaft). Letzteren sei es zunächst gelungen, sich mit ihrem Argument durchzusetzen, dass der Terminhandel Schuld an der Agrardepression habe. Das Gegenargument des Handels, dass vornehmlich gesunkene Transport- und Transaktionskosten verantwortlich seien, habe nicht verfangen. Mit dem Verbot des Terminhandels 1896 koppelten sich die Getreidepreise in Deutschland vom Weltmarkt

ab, mit tendenziell negativen Folgen für die Getreidewirtschaft. In langer Sicht hätten sich die Argumente der Börsenbefürworter als valider herausgestellt. In den Verhandlungen zum neuen Börsengesetz sei eine Frage darum gekreist, wie die stimulierenden, positiven Effekte des Terminhandels genutzt werden könnten, ohne dass es zu Manipulationen, Spekulationen oder Missbrauch käme. Die staatliche Regulierung habe sich schließlich gegen Modelle der Selbstregulierung durchgesetzt, das Argument der Verbindlichkeit habe stärker gewogen als die Vorteile der Selbstregulierung: Marktnähe, Flexibilität und Schnelligkeit.

ACHIM LANDWEHR (Düsseldorf) bezeichnete in seinem abschließenden Kommentar ob dieser wiederkehrenden Debatten die „Börse als Zeitmaschine“. Allerdings solle man nicht der Versuchung erliegen, aufgrund des Aktualitätspotentials die Geschichte im Sinne des „*historia magistra vitae*“ zu verstehen. Vielmehr gelte es, die Gegenwart mit historischen Mitteln zu begreifen. Mit dieser Forderung trifft er zumindest im Bereich der Wirtschaftsgeschichte den Trend der Forschung, die bedingt durch die aktuelle Krise mehr Raum greift. Ein beredtes Beispiel ist die Krisenanalyse von Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff.<sup>4</sup>

Die Paradigmen der Wirtschaftsgeschichte eignen sich zudem dazu, die besprochenen Sektionen zusammenzufügen. In nahezu allen Vorträgen schwang im Subtext die unausgesprochene Prämisse mit, dass Ressourcen etwas Knappes sind. Sie sind rar und kostbar, über ihre zielgerichtete, möglichst effiziente Verwendung muss diskutiert werden. Zunächst wirkte hier der Krieg als Vater aller Dinge. Mobilisierung war ein Stichwort, das in vielen Sektionen und Vorträgen fiel und das zur kriegerischen Schwerpunktsetzung passte. Mobilisierung bedeutet die Aktivierung von Ressourcen, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Die aus dem militärischen Bereich kommenden Überlegungen, die Kampfkraft der Truppe zu erhalten und zu steigern, dif-

<sup>4</sup>Carmen M. Reinhart / Kenneth S. Rogoff, *Dieses Mal ist alles anders: acht Jahrhunderte Finanzkrisen*, 2. Aufl., München 2010.

fundieren in den privatwirtschaftlichen Bereich. Dora Costa hat eine Studie vorgelegt, die sich mit dem sozialen und ökonomischen Erfolg amerikanischer Bürgerkriegsoffiziere befasst<sup>5</sup>, und us-amerikanische Logistikunternehmen machten sich etwa die Erfahrungen der Berlin-Blockade 1949 in der Warenwirtschaft zunutze.

Zwei Befunden fallen nun besonders auf. Erstens befasste sich keine der besprochenen Sektionen mit der Analyse von Knappheitskonstruktionen. Die Frage, wer historische Knappheitsdiskurse beginnt, dominiert und von ihnen profitiert, blieb ebenso weitgehend unbeantwortet wie die Frage, welche gesellschaftlichen Zustände am Anfang und am Ende solcher Debatten stehen und wie sich die Gesellschaft auf einheitliche Bewertungskriterien einigt, also einen Konsens darüber herstellt, was „knapp“ heißt und was überhaupt eine „Ressource“ ist.

Zweitens erlauben die besuchten Sektionen zur Neueren Geschichte vielleicht die Synthese, dass aus dem Militärbereich kommende Versuche zur Effizienzsteigerung eine umfassende Ökonomisierung der Gesellschaft befördern. Gesellschaften mit bellizistischer Grundstimmung und rohstoffbasierten Wirtschaft dehnen ihren mobilisierten Zustand zunehmend auf Friedenszeiten aus, wobei die Ökonomie zu einer Schlüsselwissenschaft aufsteigt. Ausfluss dieser Entwicklung ist auch die in dieser Zeit zunehmende Gründung von Verbänden, als deren wesentlichste Merkmale GABRIELE LINGELBACH (Bamberg) Organisation und Interessenvertretung nannte, was durchaus auch unter „Mobilisierung“ zusammengefasst werden kann.

<sup>5</sup>Dora Costa, *Leaders: Privilege, Sacrifice, Opportunity and Personnel Economics in the American Civil War*, NBER Working Paper No. 17382, 2011. <<http://www.nber.org/papers/w17382>> (23.01.2013).